

Europa regieren: ein Appell an die Mitgliedstaaten

Die letzten EU-Wahlen waren gekennzeichnet von einem Gefühl der Richtungsänderung. Pro-europäische Kräfte, die sich für eine vertiefte Europäische Union stark machen, und anti-europäische politische Strömungen, die das Heil in den Nationalstaaten suchen.

Die pro-europäischen Kräfte haben zwar die Wahlen gewonnen, aber in welche Richtung und wie die EU sich weiterentwickeln wird, ist nach wie vor offen. Durch Kommissionspräsident Jean-Claude Junkers klare Worte, wonach diese Kommission die letzte Chance der EU sei, sind zwei wichtige Punkte klar zum Ausdruck gebracht worden: Die Notwendigkeit nach dem nächsten konkreten Schritt, sowie die enge zeitliche Spanne, die uns dafür zur Verfügung steht.

„Wirtschaftlicher Riese, politischer Zwerg, militärischer Wurm“, das ist die wenig freundliche Beschreibung der weltpolitischen Rolle der Europäischen Union. Die Welt bleibt nicht stehen und unser Kontinent ist konfrontiert mit großen Konflikten. Der Ukraine-Konflikt ist die zentralste friedenspolitische Herausforderung der Union seit den Balkan-Kriegen. Wir haben uns vor 20 Jahren am Balkan sicherheitspolitisch nicht mit Ruhm bekleckert, und leider verhält es sich jetzt im Konflikt in der Ukraine nicht viel besser.

Grund, heute wie damals, war bzw. ist, dass die Nationalstaaten der EU nicht die Kompetenz zugestehen, die sie im selben Atemzug aber von der Union fordern.

Es ist daher schlicht falsch, jenen politischen Kräften auf den Leim zu gehen, die behaupten, die EU, und mit ihr gleich der EURO, seien gescheitert, und die Menschen wünschten sich die vermeintliche Geborgenheit ihrer Nationalstaaten wieder.

Die Bevölkerung wünscht sich eine gut funktionierende Europäische Union, die sich um die großen, weltpolitischen Themen kümmert. Eine EU, die eine klare Kompetenz hat und diese auch wahrnimmt. Eine Union mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik und einer Wirtschaftsgemeinschaft. Und die Bevölkerung wünscht sich eine Europäische Union mit der sie sich identifizieren kann.

Und genau hier stehen wir vor einem Dilemma: solange die Regierungen der Mitgliedstaaten in Brüssel etwas anderes vertreten als daheim, wird es diese Identifikation nicht geben können. Ich kann den Ansatz vieler Politiker_innen nachvollziehen, wenn es darum geht, für unangenehme Maßnahmen den oder die Schuldigen in Brüssel zu suchen und nicht selbst mit unpopulären Entscheidungen in Zusammenhang gebracht werden zu wollen.

Ich gehe aber mittlerweile soweit, zu sagen, dass es unverantwortlich ist, wie nationale Regierungen mit diesem Verhalten die Rolle der Europäischen Union untergraben. Oder glaubt wirklich jemand, dass die einzelnen europäischen Nationalstaaten eine ernstzunehmende Rolle am globalen politischen Parkett spielen könnten?

Wir befinden uns im globalen Wettbewerb sowohl politisch, wirtschaftlich als auch militärisch. Zu glauben, dass ein "Neo-Biedermeier" der richtige Weg sei, wenn wir uns auf die nationalen Einheiten beschränken und so tun, als gäbe es die Welt draußen nicht, ist schlicht unmöglich und auch falsch. Dieser vom rechten, aber auch vom linken Eck des politischen Spektrums oft als Lösung aufgezeichnete Weg, ist nicht nur falsch, sondern auch rein faktisch unmöglich. Wir müssen den Blick nach vorne richten!

Die Europäische Union ist eine Kulturleistung der Menschheit. 28 Staaten haben sich über einen Zeitraum von mehr als 50 Jahren ohne Krieg dazu entschlossen eine Gemeinschaft zu bilden. Das ist in der Menschheitsgeschichte einzigartig und großartig. Viel zu oft nehmen wir dies als selbstverständlich an und vergessen dabei, wie schwierig dies eigentlich gewesen ist und welche Leistung hier dahinter steckt. Dieses Erbe gilt es nun auf die nächste Ebene zu heben, um den Herausforderungen der Gegenwart im Sinne einer positiven Entwicklung für die Menschen, die in dieser Union leben, zu begegnen.

Das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell ist einzigartig und um es erhalten zu können, muss es reformiert werden. Und das ist nur mit einem klaren gemeinsamen Bekenntnis und vereinten Kräften möglich.

Wofür ich plädiere und mich auch politisch einsetze ist klar: ich nehme die Globalisierung als gegebene Größe hin, die ich als Schritt in der menschlichen Evolution anerkenne.

Damit ist für mich klar, dass wir als europäischer Kontinent unser Lebensmodell mittelfristig nur weiterführen werden können, wenn wir dies durch eine starke, gut fundierte Gemeinschaft - die Europäische Union - tun werden.

Wir haben zwei Ebenen, die miteinbezogen werden müssen:

- 1) Die Bevölkerung
- 2) Die Regierungen der Mitgliedstaaten

Die Europäische Union in ihrer Form als supranationale Organisation kann nur so stark sein, wie es die Mitgliedstaaten zulassen.

Daher mein Plädoyer an die Regierungen der Mitgliedstaaten: Stellt mit Blick auf das gemeinsame Ganze die kurzfristigen Eigeninteressen zurück! Ganz im Sinne der kooperativen Spieltheorie, worauf letztlich die Idee der Europäischen Union basiert.

Das Thema Demokratiedefizit und die Nichtidentifizierung der Bevölkerung mit den Institutionen der Europäischen Union ist ein ernsthaftes Problem, das anerkannt und gelöst werden muss. Wir können niemals eine erfolgreiche Gemeinschaft haben, wenn sie nicht vom Volk getragen wird.

Die Demokratie verändert sich, mit ihr auch der berechtigte Wunsch der Bevölkerung nach Beteiligung am politischen Prozess. Wir müssen anerkennen, dass die Formen der BürgerInnenbeteiligung in der repräsentativen Demokratie veraltet sind und dringend Erneuerung brauchen. Das gilt für sämtliche Ebenen, von der Gemeinde, bis zum Staat und der EU.

Deshalb ist der nächste Entwicklungsschritt der Europäischen Union, der für mich unabdingbar ist, nur unter breitestmöglicher Beteiligung der europäischen Bevölkerung möglich und sinnvoll. Die Bürgerinnen und Bürger müssen spüren, dass die Europäische Union ihre Heimat ist. Nicht nur geographisch, auch politisch. Das geht nur, wenn man sich mit dem Thema auseinandersetzt, und diesem Prozess müssen wir uns stellen. An uns Politiker_innen liegt es, dies zu kommunizieren und auch das große Gesamtbild nicht aus den Augen zu verlieren bzw. es als Begründung für unser Handeln zum Wohl aller immer wieder heranzuziehen.

Wir müssen den Machtkampf zwischen Nationalstaaten und europäischer Ebene, der den Kontinent blockiert, überwinden. Die Mitgliedstaaten müssen erkennen, dass wir eine starke Europäische Union brauchen, die ein echter Global Player ist und die von den Menschen, die in ihr leben, getragen wird.

Autorin:

Angelika Mlinar ist Mitglied des Europäischen Parlaments, Vizepräsidentin der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) und stellvertretende Parteivorsitzende der NEOS - Das Neue Österreich.

Kontakt: angelika.mlinar@europarl.europa.eu

Weitere Informationen unter: www.angelikamlinar.eu

Redaktion:

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 4

europa-bbe(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de